

Feilschen um Steuermittel

Die Finanzausgleichsverhandlungen zum Gesundheitsbereich werfen ihre Schatten voraus. Der Bund steigt auf die Bremse.

••• Von Martin Rümmele

WIEN. Der Bund antwortet dem Verlangen der Länder und Gemeinden nach mehr Geld im Finanzausgleich vor allem für den Spitalsbereich nun mit Zahlen. Demnach war es nämlich der Bund, der während der vergangenen Periode weniger Einnahmen lukrierte und weit mehr ausgeben musste als die anderen Gebietskörperschaften. Finanzminister Magnus Brunner (ÖVP) will nun eine stärkere Aufgabenorientierung und einen effizienteren Mitteleinsatz.

Bund von Corona betroffen

Fakt sei, dass der Bund mit Abstand die Hauptlast getragen habe – auch über die Kompetenzen des Bundes und die vereinbarten Verteilungsschlüssel hinaus, schreibt Brunner in einer Stellungnahme.

Laut Zahlen seines Ressorts gab es seit 2016 ein Plus der Einnahmen des Bundes von 14,2%. Damit lag man hinter den Ländern mit plus 15,6% und den Kommunen mit plus 22,8%. Der Anstieg der Ausgaben wird im Landesektor mit 16,8% und bei den Gemeinden mit 22,5% angegeben, beim Bund hingegen mit 28,6%. Zudem hat der Bund den Spitalsträgern allein für das ers-



© APA/Eva Marthart

te Pandemiejahr 705 Mio. € für den Spitalsbetrieb zugesprochen, zeigt ein neuer Bereich der Zielsteuerungskommission, der medianet vorliegt.

Magnus Brunner

Der Finanzminister (ÖVP) sieht den Bund gegenüber Ländern und Gemeinden im Steuernachteil.

REFORM

Debatte über Ambulanzsektor

WIEN. Länder und Krankenkassen diskutieren auch vor dem Hintergrund der Finanzausgleichsgespräche über Verschiebungen von Leistungen aus dem stationären in den ambulanten Bereich. Und über die Frage, wer dann was bezahlen soll. „Wir können die Medizin des 21. Jahrhunderts nicht mit Strukturen des 20. Jahrhunderts betreiben“, sagte jetzt Wilhelm Marhold, von 2005 bis 2014 Generaldirektor des Wiener Krankenanstaltenverbundes, gegenüber der APA. Zu fordern sei eine „Ambulantisierung“ der Spitalmedizin.

Europaweite Probleme

Marhold ist einer der Protagonisten der „Fokus Spital 2030“-Initiative des Praevenire Gesundheitsforums. An der Spitze steht der ehemalige Chef des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger, Ex-Finanzminister Hans Jörg Schelling. Marhold hat die Entwicklung des Spitalwesens auch international verfolgt: „Es gibt eigentlich europaweit Probleme. Das Spitalwesen in England hat man über Jahrzehnte hinweg kaputtgespart. Die Leistungen der Krankenhäuser in Deutschland werden zwar aus einer Hand, von den Krankenkassen, bezahlt, doch die Re-Investitionen des Staats sind seit Jahren degressiv.“ (red)



© Panthermedia.net/Hay Dmitry

Plus 10% in Privatkliniken

Einigung im Streit um Kollektivvertragserhöhungen.

WIEN. Die Gewerkschaft vda und die Arbeitgeber haben sich auf einen Kollektivvertragsabschluss für die Privatkrankenhäuser geeinigt. Die KV-Gehälter und -Löhne steigen demnach mit 1. Juli 2023 in Verbindung mit einer Arbeitszeitverkürzung auf 39 Wochenarbeitsstunden um durchschnittlich 10,5%, hieß es in einer Aussendung. Vorausgegangen waren langwierige Ge-

spräche, ein Warnstreik sowie eine Befragung der Beschäftigten durch die Gewerkschaft. „Für die Zukunft hoffen wir, wieder zu Verhandlungen auf Augenhöhe und mit Handschlagqualität zurückkehren zu können, so wie es jahrzehntelang praktiziert wurde“, sagte Stephan Günther, Generalsekretär und KV-Verhandlungsleiter des Verbandes der Privatkrankenhäuser. (red)



© Panthermedia.net/Arne Traurmann